



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Justitia 4.0

Nordring 8

3013 Bern

Elektronische Kommunikation in der Justiz - Vereinbarung «justitia.swiss»; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bühler
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2024 hat die Projektleitung Justitia 4.0 den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Entwurf der interkantonalen Vereinbarung «justitia.swiss» und den dazugehörigen erläuternden Bestimmungen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die Vereinbarung «justitia.swiss» zwischen dem Bund und den Kantonen über die Körperschaft «justitia.swiss». Punkte Ausgaben für den Aufbau der zentralen Plattform plädieren wir für eine paritätische Kostentragung von je 50 Prozent zulasten von Bund und den Kantonen. Die Vereinbarung ergänzt die Bestimmungen zum künftigen Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) und regelt insbesondere die Zuständigkeiten und die Funktionsweise der Körperschaft. Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrter Bühler, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 21. Februar 2025



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli